

**Protokoll über die öffentliche Sitzung
des Finanz- und Personalausschusses (FPA)
des Rates der Gemeinde Katlenburg-Lindau
am Donnerstag, den 04.12.2014
im Sitzungszimmer der Gemeindeverwaltung**

Teilnehmer	<p>I. als Ausschussvorsitzender (AV) Uwe Lebensieg</p> <p>II. die weiteren Mitglieder des FPA, nämlich die Ratsmitglieder (RM)</p> <p>Otto Großkopf Ilse Schwarz Ulrike Semmler Eckhard Steinmetz Dirk Weidemann Michael Tschernich</p> <p>III. von der Verwaltung Bürgermeister (BM) Uwe Ahrens, AV BM und Hauptamtsleiter (HAL) Volker Mönlich Gemeindekämmerin (GK) Brigitte Hankel zugleich als Protokollführerin</p> <p>IV. als Zuhörer die Ratsmitglieder (RM) Hans-Dietmar Kreitz Frank Sander Karl-Friedrich Vetter Evelin Martynkewicz (ab TOP 6, ca. 19.30 Uhr)</p> <p>V. kein Pressevertreter</p>	<p>SPD</p> <p>CDU CDU SPD CDU SPD</p>
-------------------	---	---

Tagesordnung

1. Eröffnung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des FPA vom 28.01.2014
4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten
5. Beförderung von Gemeindebeamten BV-Nr. 63/14
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 BV-Nr. 64/14
7. Anfragen

Zu Punkt1: Eröffnung

Um 19.00 Uhr eröffnet **AV Lebensieg** die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Zu Punkt 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Bei Anwesenheit von sieben stimmberechtigten Ausschussmitgliedern wird die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung festgestellt, gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Zu Punkt 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des FPA vom 28.01.2014

Zu dem Protokoll der öffentlichen und der nicht öffentlichen Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 28.01.2014 gibt es keine Anmerkungen.

Der FPA beschließt bei einer Enthaltung:

„Das Protokoll über die öffentliche und die nichtöffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 27.01.2014 wird genehmigt.“

Zu Punkt 4: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

BM Ahrens gibt Folgendes bekannt:

Personal

Für den Ausfall eines Bauhofkollegen ist versuchsweise Personal einer Zeitarbeitsfirma in Anspruch genommen werden. Die Abwicklung war reibungslos.

Die Beschäftigung einer über das Job-Center finanzierten Person hat für 3 Monate stattgefunden.

Von der abschlagsfreien Rente mit 63 werden vorerst keine Kollegen Gebrauch machen und somit vorzeitig ausscheiden. Voraussichtlich zum Ende 2015 erfolgt der nächste Ausscheidenstermin.

Die Auszubildende Annika Schum hat ihre Ausbildung hervorragend absolviert. Für die vorgesehene Verwendung als Vertretung der Mutterfreuden entgegensehenden Kollegin Lehrke steht sie nun allerdings doch nicht zur Verfügung, da sie kurzfristig eine andere unbefristete Stelle angeboten bekommen hat. Die Stellenbesetzung wird daher extern erfolgen.

Eine Prüfung durch die Deutsche Rentenversicherung hat zu keinen Feststellungen hinsichtlich des Gesamtsozialversicherungsbetrages geführt.

Finanzen

Kredite:

Im Rahmen einer Umschuldung werden 70.000 € verlängert (bisher 3,21%, neu DGHYP zu 1,5% für 10 Jahre). Weiterhin ist ein KfW-Darlehen über 145.000 € zu 0,76% für 20 Jahre, maßgeblich für die Bergstraße, aufgenommen worden.

Insgesamt bestehen 23 Kommunaldarlehen mit einem durchschn. Zinssatz von 2,84 % (0,75-4,95%).

Der Stand der Schulden wird demnach zum 31.12.2014 voraussichtlich mit 2.968.113 € zwar unter der magischen Grenze von 3 Mio. liegen. Er wird jedoch um ca. 24.668 € höher als zum 31.12.2013 sein, so dass die geplante Entschuldung von 29.000 € nicht erreicht werden

kann. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Maßnahme Bergstraße ursprünglich erst in 2015 geplant und lediglich mit 150.000 € veranschlagt war, da noch ein Haushaltsrest aus dem Vorjahr zur Verfügung stand.

Spenden

Fa. Kordes	1.000 Euro	Fw Lindau	Hochleistungslüfter
Fa. Seniorenheim Tilch	1.000 Euro	Fw Lindau	Hochleistungslüfter
Fa. Indula	500 Euro	Fw Lindau	Hochleistungslüfter

Einwohnerentwicklung (Stand 01.12.2014)

60 Geburten und 72 Sterbefälle

EW-Zahl aktuell von 7254 (Jahresbeginn 2014) auf 7217 (./ 37)

Termine

Do., 11.12.2014 Verwaltungsausschuss

Di., 16.12.2014 Rat

Zu Punkt 5: Beförderung von Gemeindebeamten BV-Nr. 63/14

BM Ahrens verweist auf die Beschlussvorlage und führt aus, dass die Wartezeit gem. § 14 NBG nach Ablauf eines Jahres erfüllt ist. Volker Mönlich hat sich in seinem Amt als Allgemeiner Vertreter bewährt. Die Stelle ist mit A 13 bewertet.

Der FPA empfiehlt einstimmig:

„Mit Wirkung vom 07.02.2015 wird der Gemeindeamtsrat Volker Mönlich zum Gemeindeoberamtsrat (Besoldungsgruppe A 13 BBesG) befördert. Die Planstelleneinweisung soll rückwirkend zum 01.02.2015 erfolgen.“

Zu Punkt 6: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2015 BV-Nr. 64/14

BM Ahrens verweist auf die Vorstellung im gemeinsamen Gespräch bei Übergabe der Unterlagen am 21.11.2014 und die umfangreichen Erläuterungen in den Fraktionen und bietet der Gruppe ebenfalls entsprechende Gespräche an.

RM Steinmetz trägt folgende in den Fraktionen abgestimmte Änderungswünsche für das Investitionsprogramm 2015 vor:

- + 85.000 € Fußweg Hagenstieg zur Fertigstellung des Baugebietes
- + 130.000 € TSW Berka, davon 65.000 € in 2015 für das Fahrgestell und weitere 65.000 € als Verpflichtungsermächtigung (VE) für 2016 für den Aufbau. Die erforderlichen baulichen Anforderungen sollen keine größeren Baumaßnahmen nach sich ziehen, sondern möglichst klein gehalten werden.
- 25.000 € Waschplatz (andere Waschmöglichkeiten für FW-Fahrzeuge nutzen)
- 100.000 € Thiestraße, in 2015 lediglich als VE für 2016 wegen konkurrierender Maßnahme an der K 414 zwischen Katlenburg und Suterode
- 25.000 € Kanal Thiestraße (s. o.)

GK Hankel und **BM Ahrens** weisen darauf hin, dass bei einer zeitlichen Verschiebung der Maßnahmen Thiestraße auch die entsprechenden Einnahmepositionen zu berücksichtigen sind.

Auf Nachfrage von **RM Großkopf** erläutert **BM Ahrens**, dass es sich bei den veranschlagten 50.000 € für den Hochwasserschutz in Wachenhausen um einen Pauschalbetrag handelt, der erst nach Vorlage des Gutachtens konkretisiert werden kann. Zudem können Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung erst im nächsten Jahr beantragt werden, da die neuen Antragsformulare noch nicht vorliegen, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar ist, wann mit den Maßnahmen begonnen werden kann.

Auf Nachfrage von **RM Weidemann** erklärt **GK Hankel**, dass die konkret für das Planjahr vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahmen nur dann im Vorbericht erwähnt werden, wenn für diese Maßnahmen eine Aufstockung der Mittel erfolgt ist, so dass nicht alle Unterhaltungsmaßnahmen dem Haushaltsplan entnommen werden können.

RM Sander sieht keine Notwendigkeit Mittel für den Hochwasserschutz in Elvershausen zu veranschlagen, da noch ein Haushaltsrest aus Vorjahren verfügbar sein müsste. Stattdessen schlägt er die Aufnahme der Maßnahme „Beleuchtung DGH“ vor.

GK Hankel bestätigt das Vorhandensein eines entsprechenden Haushaltsrestes für den Hochwasserschutz. Weiter erläutert sie, dass die Beleuchtung für sich genommen keine investive Maßnahme darstellt, sondern aus laufender Unterhaltung finanziert werden müsste. Es besteht jedoch die Möglichkeit im Investitionsprogramm eine Sanierung auf Raten zu planen. Dies setzt jedoch voraus, dass bei einem Objekt innerhalb von 5 Jahren Maßnahmen an drei verschiedenen Gewerken geplant werden, z. B. Außenanstrich, Beleuchtung und Fußboden.

RM Tschernich hält den Ansatz für das in Berka zu ersetzende Spielgerät mit 15.000 € für zu hoch und schlägt vor ein kleineres Spielgerät für größere Kinder vorzusehen, und vermutet ein Einsparpotential von rund 10.000 €.

Auch der Ersatz des Karussells für Suterode ist nicht erforderlich. Stattdessen sollte die angemeldete Geschwindigkeitsmeßanlage finanziert werden.

Des Weiteren fragt **RM Tschernich**, ob es bei der Ausführung der Maßnahme „Seitenraum Lange Reihe“ in Berka Einsparmöglichkeiten gibt, die er auf 40.000 € schätzt.

BM Ahrens sagt eine Klärung durch das Bauamt bezüglich des Seitenraums zu.

Auch schlägt er vor, über die Geschwindigkeitsmessanlage später zu befinden, da sich die Verkehrslage durch die vom Kreis geplante Straßenbaumaßnahme an der K 414 (Katlenburg-Suterode) in 2015 anders darstellen wird.

Zum Spielgerät in Berka regt er eine Abstimmung im Ortsrat bzw. Rat an.

Zu diesem Punkt führt **RM Weidemann** aus, dass die Attraktivität des Spielplatzes von dem Großspielgerät lebe, welches sehr gut angenommen wird, auch von Kindern aus anderen Ortschaften und macht damit die Notwendigkeit eines adäquaten Ersatzes deutlich.

BM Ahrens berichtet von einem Termin mit der Feuerwehrunfallkasse (FUK) wegen der geplanten Anschaffung eines TSW für Berka. Bereits in einem Bericht der FUK aus dem Jahr 2000 sind die Platzverhältnisse im Feuerwehrgerätehaus Berka als nicht ausreichend beanstandet worden. Sollte neben dem neu anzuschaffenden TSW auch der RW1 im Feuerwehrgerätehaus gehalten werden, wären größere Baumaßnahmen nötig. D. h. zu den Mehrauszahlungen i. H. v. 70.000 € für ein TSW gegenüber einem TSF kämen noch rd. 80.000 € für den Umbau. Wohingegen der Einbau eines größeren, ggfs. zweiten Tores rd. 15.000 € kosten würde.

Vom zeitlichen Ablauf wäre eine Konkretisierung der Planung im 1. Quartal 2015 erforderlich, anschließend könnte die Ausschreibung und Auftragsvergabe erfolgen. Mit einer Lieferung des Fahrgestells kann somit in 2015 gerechnet werden, während der Aufbau erst in 2016 erfolgen kann, so dass mit der endgültigen Lieferung frühestens im Frühjahr 2016 zu rechnen ist.

Daher soll wie bereits vorgetragen eine Summe von 65.000 € für das Fahrgestell im Haushalt 2015 veranschlagt werden sowie eine Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe für das Folgejahr.

Dieser Vorschlag wird von allen Fraktionen getragen. Auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften wird verwiesen.

Aufgrund der räumlichen Situation schlägt **BM Ahrens** vor, den RW1 nach Lindau zu verlagern, er könnte dort auch zunächst das abgängige LF 8 ersetzen. Diese Marschroute soll mit den betroffenen Feuerwehren und dem Gemeindebrandmeister kurzfristig abgesprochen werden.

RM Steinmetz sieht aufgrund der Tatsache, dass das Halten beider Fahrzeuge eine größere Baumaßnahme erfordern würde, ebenfalls ein Gespräch für notwendig.

RM Tschernich macht auf die neue EU-Norm für Feuerwehrfahrzeuge aufmerksam, die ab 2016 greifen soll und regt an über das Fahrzeugbedarfskonzept insgesamt zu sprechen und die notwendigen Fahrzeugbeschaffungen in der Mittelfristplanung einzuplanen.

Hierzu bestätigt **RM Lebensieg**, dass mit der Feuerwehr ein Konsens besteht, wonach über das Bedarfskonzept im Rahmen der Haushaltsplanung gesprochen wird.

RM Kreitz führt aus, dass sich der Bedarfsplan nach der Grundausstattung und den Finanzierungsmöglichkeiten richten muss. Er warnt vor einer langfristigen Festlegung auch im Hinblick auf die Entscheidungshoheit von künftigen Gemeinderäten. Die Finanzierung der Bedarfe der Feuerwehr ist im Gesamtkontext zu sehen und zu berücksichtigen.

GK Hankel bestätigt die Erforderlichkeit im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung entsprechende Überlegungen frühzeitig in die Haushaltsplanung mit einbeziehen zu können.

Der FPA empfiehlt einstimmig:

„Der Haushaltsplanentwurf 2015 wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Änderungswünsche sind in die weitere Beratung im Verwaltungsausschuss einzubinden.“

Zu Punkt 7: Anfragen

BM Ahrens bezeichnet die Berichterstattung in Northeimer Tageszeitung zur „Rechten Szene“ als bedenklich und führt aus, dass die Unterzeichnerin des Artikels auf seine Nachfrage nicht in der Lage war, weitere Auskünfte zu geben. Er wird an der Angelegenheit dran bleiben und ggfs. eine Gegendarstellung veranlassen.

Hierzu teilt **RM Semmler** mit, dass auch sie versucht hat, telefonisch nähere Auskünfte zu erhalten, sie jedoch bisher niemanden erreicht hat und es erneut versuchen wird.

RM Vetter bekräftigt, dass ungeprüfte Pressemitteilungen nicht zu billigen sind, und begrüßt es, dass der Bürgermeister hier massiv gegenwirkt.

RM Lebensieg berichtet von einem Termin mit den Verantwortlichen des Grillplatzes Gillersheim, der gemeinsam mit Vertretern des Fachkommissariats der Polizeidienststelle Northeim sowie dem Ortsbürgermeister und dem Bürgermeister stattgefunden hat. U. a. ist auf die Möglichkeit hingewiesen worden, über die DEHOGA Muster für rechtssichere Mietverträge zu erhalten. Diese werden an alle Ortsbürgermeister/innen weitergeleitet. Es soll ein klares Signal gesetzt werden, dass an Rechte in Katlenburg-Lindau nicht vermietet wird.

RM Tschernich fragt mit Verweis auf ein aktuelles Urteil nach der Erstattung von Darlehensgebühren für in den letzten 10 Jahren abgeschlossene Kommunaldarlehen. Außerdem regt er an das Kleine Bettenhaus als Mieterhaus zu organisieren. Des Weiteren erkundigt er sich, ob die Gemeinde Niederschlagswassergebühren für versiegelte Flächen erhebt.

Zu den Darlehensgebühren teilt **GK Hankel** mit, dass nach aktueller Überprüfung derartige Gebühren von der Gemeinde Katlenburg-Lindau in den letzten 10 Jahren bei keinem Kommunaldarlehen bezahlt worden sind, so dass auch kein Erstattungsanspruch geltend gemacht werden kann.

BM Ahrens sagt die Beantwortung zur Niederschlagswassergebühr durch das Bauamt zu.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden schließt **BM Ahrens** um 20.30 Uhr die Sitzung.

(Lebensieg)
Vorsitzender

(Ahrens)
Bürgermeister

(Hankel)
Protokollführerin